

## Presseinformation

München, 15. Dezember 2025

### **Mehr Gendermedizin im Medizinstudium: BLÄK drängt auf Umsetzung der neuen Approbationsordnung**

Zum Gelde drängt, am Gelde hängt doch alles (Nach Goethe, Faust 1). Nicht am Gelde hängen sollte jedoch die neue Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte, betont der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Gerald Quitterer: „Wenn Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) sich zur Gendermedizin aktuell dahingehend äußert, dass erst seit wenigen Jahren die medizinischen Bedürfnisse von Frauen in klinischen Studien berücksichtigt werden und hier weiterhin erheblicher Forschungsbedarf besteht, ist dem aus ärztlicher Sicht uneingeschränkt zuzustimmen.“ Tatsächlich zeigten sich bei zahlreichen Krankheitsbildern geschlechterspezifische Unterschiede sowohl in der Symptomatik als auch in den therapeutischen Ansätzen.

„Wenn die Ministerin zudem der Ansicht ist, dass all dies in der Ausbildung zu wenig berücksichtigt sei, lässt sich dieser Umstand sofort beheben. Die Politik müsste nur die notwendigen Finanzmittel zur Umsetzung der neuen Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stellen, was wir seit Jahren einfordern“, so der Präsident. In ihr sei die Gendermedizin als verpflichtender Teil des Studiums vorgesehen. „Damit würden Studierende der Medizin frühzeitig an geschlechterspezifische Unterschiede herangeführt. Dies hätte zudem eine Verbesserung der Datenlage und der Versorgung zur Folge“, erklärt Quitterer.

In der Reform sieht Quitterer die Grundlage für eine zeitgemäße, evidenzbasierte und patientenorientierte Ausbildungsordnung: „Das Medizinstudium braucht Erneuerung. Die neue Bildungsordnung soll die Inhalte der ärztlichen Ausbildung dem medizinischen, didaktischen und digitalen Fortschritt anpassen. Zudem sollen wissenschaftliches Arbeiten, die praktische und kompetenzorientierte Ausbildung sowie soziale Fähigkeiten stärker gewichtet werden.“ Abschließend warnt Quitterer: „Es wäre ein fatales Signal für den Wissenschafts- und Gesundheitsstandort Deutschland, wenn die bereits 2017 im Masterplan Medizinstudium 2020 angekündigte Reform verzögert würde, weil sich Bund und Länder nicht auf eine Finanzierung einigen.“

*Pressestelle*